Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 12

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rehabilitierung nur für Parteimitglieder

Zur Behebung der vollkommenen Willkür und allgemeinen Gesetzlosigkeit in der Sowjetunion wurden im Jahre 1958 die Grundlagen für die Strafgesetzgebung und die Grundlagen des Strafverfahrens der Union der SSR und der Unionsrepubliken herausgegeben. In den Jahren 1959 bis 1961 wurden in den Unionsrepubliken neue Strafgesetzbücher und neue Strafprozessordnungen herausgegeben.

Schwernik, der Vorsitzende der Komitee für Parteikontrolle, erklärte, dass seit dem Jahre 1956 mehr als 70 000 Rehabilitationsgesuche geprüft worden seien. Ueber 15 000 unberechtigt ausgestossene Parteimitglieder seien wieder in die Partei aufgenommen worden.

Aehnlich ist das Bild in den Volksdemokratien: Das Zentralkomitee der KP Ungarns «beauftragte eine Kommission mit der Untersuchung der in den Jahren zwischen 1949 und 1953 auf der Grundlage falscher Anschuldigungen geführten Prozesse. Die Partei achtet das Andenken der der Willkür zum Opfer gefallenen Kameraden. Es werden 190 Personen rehabilitiert, die bei ihrer Haftentlassung nicht rehabilitiert worden waren».

Diko Dikoff, der bulgarische Innenminister, beschäftigte sich mit dem «abnormalen Zustand der Zeit des Personenkultes». Er bescheinigte seinem Vorgänger Anton Jugoff folgendes: «Jugoff liess ohne einen Gewissensbiss Trajtscho Kostoff, den Sekretär des Zentralkomitees, verhaften, mit dem er einst in der Widerstandsbewegung gegen die Nazis kämpfte. Die Regierung rehabilitierte die Opfer der Gesetzlosigkeit.»

In der CSSR: «Das ZK der Tschechischen KP hat die politischen Prozesse von 1949—1954 überprüft und bestätigte, dass die Urteile meistens grundlos oder in Anbetracht des Tatbestandes übertrieben waren. Deswegen wurden mehr als 30 Personen von der Anklage freigesprochen. Rudolf Barak, ehemaliger Minister für Inneres in den Jahren 1955 und 1957 war verantwortlich für die ungesetzlichen Verfahren.»

In Rumänien musste auf dem Plenum des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei der Sekretär Gh. Gheorghiu Dej bekennen: «Es sind Massenverhaftungen vorgekommen. Im Namen des Kampfes gegen die Grossbauern wurden über 80 000 Bauern, in ihrer Mehrzahl werktätige Bauern, dem Gericht übergeben. Ueber 30 000 von ihnen wurden in öffentlichen Schauprozessen abgeurteilt. Das rief unter den Bauern, die zu diesen niederträchtigen Inszenierungen als Zuschauer gebracht worden waren, grosse Unzufriedenheit hervor.»

Auch Ulbricht sah sich zu dem Eingeständnis veranlasst, dass «der Personenkult auch in der DDR die Rechtspflege dogmatisch eingeengt habe. Im Prinzip seien zwar die Ueberspitzungen korrigiert worden, doch es gebe in der Praxis noch immer Erscheinungen des Dogmatismus.»

Mit Recht hätte man erwartet, dass nach einer Blossstellung der Justiz in der Aera Stalins eine allgemeine Amnestie und Rehabilitierung der Opfer folgt. Aber davon ist keine Rede. Alle sogenannte «Rehabilitierungen» in der UdSSR und in den volksdemokratischen Staaten beziehen sich nur an Parteikameraden und Genossen. Man schweigt über die zahlreichen Schauprozesse, wo die politischen und kirchlichen Persönlichkeiten dieser Staaten unter dem Vorwand gemeiner Verbrechen auf Tod oder auf schwere Kerkerstrafen verurteilt wurden. Das erste Zeichen der echten Abkehr von den stalinistischen Methoden wäre eine allgemeine Amnestie für alle, die wegen ihrer Ueberzeugungen mit erfundenen Anklagen vor Gericht gestellt wurden. Die Rehabilitierung der von ihren Parteigenossen ermordeten Kostoff, Slansky und ihre Gefährten macht nur einen kaum nennenswerten Teil von den Tausenden der Nichtkommunisten-Opfern. Der sowjetische Ministerpräsident erwähnte in seinen Reden, dass die Prozesse Sinowjew (1936) und Pjatakow (1937) auf falschen Anklagen beruhten. Aber von einer Rehabilitierung dieser Oppositionspolitiker sprach er nie.

Religion

Ungarn

Liberalisiert, aber nicht frei

Vertreter der ungarischen katholischen Kirche in Westeuropa haben eine Erklärung veröffentlicht, in der u. a. festgestellt wird:

Das scheinbare Eintreten einer politischen Tauwetterperiode, der neuerdings erlaubte Fremdenverkehr, die zahlreichen Meldungen über Freilassung politischer Gefangener usw. haben in Westeuropa die Vermutung von der Wiederherstellung der Menschenrechte und des normalen Lebensrahmens in Ungarn aufkommen lassen. Auch die Teilnahme einer Gruppe ungarischer Bischöfe am vatikanischen Konzil mochte den Anschein von normalisierten Beziehungen zwischen Kirche und Staat erwecken. Demgegenüber ist festzustellen, dass die ungarische Regierung der Kirche gegenüber eine unverändert feindliche Stellung einnimmt.

Kardinal Mindszenty ist auch heute noch an der Ausübung seines Amtes verhindert. Wohl hat die gegenwärtige Regierung eingestanden, dass die früheren Schauprozesse mit falschen Anklagen veranstaltet wurden. Man hat aber nur die Parteimitglieder rehabilitiert, die zahlreichen kirchlichen und bürgerlichen Personen nicht. Die Bischöfe Josef Pétery (Vàc), Bertalan Badalik (Veszprém) sind ohne gerichtliche Urteile in der Ortschaft Hejce interniert. Der Titularbischof Jànos Bàrd wurde im Jahre 1961 zum apostolischen Administrator für Kalocsa ernannt. Nach seiner Ernennung wurde er verhaftet und nach Kerekegyhàza verbannt. Gellért Bellon und Josef Winkler wurden vom Vatikan zu Bischöfen ernannt, doch die kommunistischen Behörden haben es ihnen untersagt, die Weihe zu empfangen und ihre Aemter zu übernehmen. Die Freiheit der Kirche ist gelähmt, weil die staatlichen Beauftragten die Tätigkeit der Bischöfe kontrollieren. Das Recht der Ernennung und Versetzung von Priestern liegt praktisch in der Hand des Staates. Es werden dabei nur politische Interessen berücksichtigt. Der Religionsunterricht ist verunmöglicht oder erschwert. Infolge dieser Schikanen gibt es in vielen Städten keinen Religionsunterricht mehr. Der private Unterricht wurde als «staatsfeindliche Tätigkeit» strafrechtlich verfolgt. Für dieses «Verbrechen» hat man im Jahre 1961 zahlreiche Priester und Laien in einem Schauprozess schwer bestraft. Verfassungswidrigerweise ist die Ausübung der Religion für Lehrer und Beamte mit Verboten und Repressalien erschwert.

Landwirtschaft

UdSSR

Wieder Wechsel

Unfähig, die permanente Krise in der Landwirtschaft durch radikale revolutionäre Aenderungen zu lösen, versucht die Parteileitung schon seit Jahren durch administrative Massnahmen, zu welchen auch personelle Umbesetzungen gehören, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden.

Allein in den letzten zwei Jahren wechselte die oberste Leitung des Landwirtschaftsministerium viermal. Nach dem Parteifunktionär Maskewitsch wurde der Wissenschaftler Olschanskij zum Landwirtschaftsminister ernannt. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Sowjetpresse viel über einen grundsätzlichen Wechsel in der Leitung der Landwirtschaft geschrieben. Dieser «grundsätzliche» Wechsel dauerte aber nicht lange, und der Gelehrte wurde schon bald wieder vom Parteifunktionär Pysin ersetzt. Diesem folgt nun wieder ein Praktiker, nämlich der Agronom Wolowtschenko.

Der 46jährige Wolowtschenko war während 12 Jahren Direktor der Sowchose «Petrowskij» des Lipezkij-Gebietes, eines staatlichen landwirtschaftlichen Musterbetriebes. Ob der Agronom mehr Glück haben wird als seine Vorgänger, Parteifunktionäre und Gelehrte kann bezweifelt werden, denn es liegt nicht so sehr an der Person des Ministers, sondern vielmehr am System, an der ganzen Organisation und vor allem an den politisch-ideologischen Grundsätzen der sowjetischen Landwirtschaft und an diesen kann weder ein Fachmann noch ein Parteibonze etwas ändern.

Für das Fehlen einer klaren Linie in bezug auf die Landwirtschaft bei der obersten Parteileitung spricht die Tatsache, dass Pysin erst vor einigen Wochen an der Spitze einer landwirtschaftlichen Delegation die USA bereiste, wo er Erfahrungen sammelte, um diese in der sowjetischen Landwirtschaft zu verwirklichen. GB

Literatur

K: Kunst ist Politik

Die letzte «Begegnung der Parteiführer mit den Schriftstellern und Kunstmalern», die am 7./8. März im Kreml stattfand, ist im Gegensatz zu früheren ähnlichen Veranstaltungen nicht bloss eine propagandistische Veranstaltung, sondern hat grundsätzliche Bedeutung. Diese Bedeutung liegt vor allem darin, dass seitens der Parteileitung nun ganz unmissverständlich auf die direkte Beziehung zwischen den Tendenzen und gewissen Erscheinungen in der Literatur und Kunst einerseits und der Ideologie und Politik anderseits hingewiesen wurde und dass die Parteileitung trotz anderslautenden Vermutungen und Hoffnungen nicht gewillt ist, ihren Einfluss auf das geistige Leben abzubauen.

Im Gegensatz zu der «Begegnung» im Dezember 1962, an welcher eine Reihe von Kunstmalern und Schriftstellern verhältnismässig offen ihre Ansichten über die Aufgaben der Literatur und Kunst zum Ausdruck brachte, während Chruschtschew in die Defensive gedrängt wurde und nur unzusammenhängende Zwischen-

rufe und Schimpfworte stammelte (die angekündigte Veröffentlichung seiner Rede fand bis heute nicht statt), war an der Begegnung im März die «führende Rolle der Partei» im Vordergrund.

In zwei langen Reden versuchten Chruschtschew und Iljitschew die Schriftsteller und Kunstmaler von der Notwendigkeit der Befolgung der Parteigrundsätze in der Literatur und Kunst zu überzeugen und die oppositionellen Schriftsteller und Kunstmaler durch Drohungen einzuschüchtern.

Chruschtschew gab dabei eine an sich richtige Darstellung der möglichen Entwicklung des sozialpolitischen Lebens des Landes:

> «Wollen wir untersuchen, was in der sowjetischen Kunst wirklich passieren würde, wenn die Anhänger der friedlichen Koexistenz verschiedener ideologischer Richtungen in der Literatur und Kunst die Oberhand gewinnen würden? Als erster Schritt würde das einen Schlag gegen unsere revolutionären Eroberungen auf dem Gebiet der sozialistischen Kunst bedeuten. Gemäss der Logik des Kampfes wäre es aber nicht dabei geblieben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Leute, nachdem sie Kräfte gesammelt hätten, den Versuch unternommen hätten, auch gegen die revolutionären Eroberungen aufzutreten.»

Damit wird offen zugegeben, dass die ganze Kampagne gegen den Modernismus in der Kunst sowie gegen den Romantismus und Lyrismus in der Literatur (Abweichen von der sozialistischen Wirklichkeit) nicht vom künstlerischen oder literarischen, sondern nur vom politisch-ideologischen Standpunkt erfolgt, mit anderen Worten aus Angst vor politischen Folgen der Befreiung des Geistes, aus reinem Selbsterhaltungstrieb der Partei und des Systems.

Die Parteileitung ist entschlossen, für die Erhaltung der ideologischen Reinheit der Literatur und Kunst zu kämpfen: «Das bedeutet aber nicht, dass jetzt nach der Verurteilung des Personenkultes die Zeit eingetreten ist, in welcher den Dingen ihr Lauf gelassen wird, dass die Zügel der Regierung schwächer werden, dass das Gesellschaftsschiff dem Spiel der Wellen überlassen wird und dass jeder eigensinnig handeln kann.» Nur nicht eigensinnig, das ist das gefährlichste im Lande des Kommunismus. Wer diese Drohung nicht versteht, der soll sich dann nicht beklagen.

Und noch eine andere wichtige politische Frage wurde an der genannten «Begegnung» erörtert, die Frage, die seit Jahren viele Sowjetbürger beschäftigt, die die Hauptursache des Konfliktes zwischen den «Vätern» und «Kindern» bildet und die Sowjetbürger bei Gesprächen mit Ausländern schon oft in Verlegenheit brachte, nämlich die Frage über die Mitverantwortung der heutigen Parteiführer, ja der ganzen Partei für die Verbrechen Stalins.

«Ich glaubte Stalin»

Die Aktualität und die politische Bedeutung dieser Frage ist so gross, dass Chruschtschew ihr einen grossen Teil seiner Rede widmete. Erstmals wurde dabei die neue Tendenz der Parteileitung in dieser heiklen Frage formuliert: «Man fragt, wussten damals die leitenden Parteikader über die Verhaftungen von Menschen? Ja, sie wussten. Wussten sie aber, dass unschuldige Menschen verhaftet wurden? Nein, das wussten sie nicht. Sie glaubten Stalin und liessen den Gedanken nicht zu, dass Repressalien gegen unschuldige Menschen ergriffen werden könnten... Als Stalin begraben wurde, hatten viele, auch ich Tränen in den Augen. Das waren ehrliche Tränen. Obschon wir einige persönliche Mängel Stalins kannten, glaubten wir ihm.» Und nun sollen diese Tränen das Blut von den Händen Chruschtschews wegwaschen?

Der bekannte sowjetische Schriftsteller I. Ehrenburg wurde unter anderem auch im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit für die Verbrechen Stalins niederträchtig und zynisch angegriffen. Chruschtschew machte ihm beinahe einen Vorwurf, dass er selbst in jenen Terrorjahren nicht verfolgt wurde und dass er, wie er jetzt in seinen Memoiren schreibt, über die Ungesetzlichkeiten Stalins wusste und trotzdem schwieg.

Ueber die Person I. Ehrenburg kann man geteilter Meinung sein, wenn er aber heute schreibt, dass er, wie viele anderen in den Jahren des Terrors über die unschuldigen Opfer Stalins Bescheid wusste, so ist er jedenfalls ehrlicher als Chruschtschew, der sich durch die angebliche Gutgläubigkeit und Unkenntnis der wirklichen Tatsachen, die jedem Kind bekannt waren, rechtfertigen will und durch offensichtliche Lügen versucht, sich der Mitverantwortung für die gemeinsam mit Stalin begangenen Verbrechen zu entziehen.

Curriculum der Woche

I. O. WOLOWTSCHENKO

Der neue sowjetische Landwirtschaftsminister stammt aus dem gleichen Gebiet (Grenze RSFSR-Ukraine) wie Chruschtschew und begann seine Karriere im ukrainischen Gebiet Sumi. Er ersetzt K. G. Pysin, der «zu anderer Arbeit versetzt» wurde.

Geboren 1917 im Dorf Karisch (Gebiet Kursk, Bezirk Gluschkowo). Studien an der Agrarhochschule Woronesch mit Abschluss 1942 und Arbeitsaufnahme als Agronom in einer Maschinen- und Traktorenstation. Im gleichen Jahr Einberufung zum Militärdienst. Nach seiner Entlassung 1946 Eintritt in die Partei. Rascher beruflicher Aufstieg zunächst als stellvertretender Oberagronom des Sowchos Prawdinsk (Gebiet Sumi), dann als Oberagronom im Zuckerrübensowchos Lgow (Gebiet Kursk), später als Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung des Achtyrkajer Bezirkskomitees der Partei (Gebiet Sumi, Ukraine), schliesslich als Oberagronom im ukrainischen Zuckerrübensowchos Parchomowo (Bezirk Krasnokutskoje, Gebiet Charkow). Ab 1951 leitet er den Sowchos «Petrowskij» im Lipecker Gebiet (RSFSR, unweit der ukrainischen Grenze). In den zwölf Jahren seiner dortigen Tätigkeit baut er den Sowchos zu einem staatlichen Mustergut aus und erwirbt sich den Ruf eines vorzüglichen Organisators. Besonderes Gewicht legt er auch dort auf seine Spezialität, der Zuckerrübenproduktion.

Wolowtschenko ist «Held der Sozialistischen Arbeit» und Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR. Politisch trat er bis anhin kaum in Erscheinung, doch ist anzunehmen, dass er von früher her zum Bekanntenkreis Chruschtschews gehört.

Wirtschaft

SBZ

Schwer hintendrein

Als letzte aller Volksdemokratien hat die SBZ ihren Bericht über die Planerfüllung im abgelaufenen Jahr veröffentlicht. Es ist nicht nur die späteste, sondern auch die untauglichste aller diesbezüglichen Publikationen im Ostblock.

Allzu offensichtlich ist es, dass dem Publikum nur einzelne Teile des Rechenschaftsberichtes vorgelegt wurden, der in seiner Gesamtheit unveröffentlicht geblieben ist. Man hat sich nicht einmal bemüht, die Streichungen durch Zusammenfassungen oder Umformulierungen zu verdecken, so dass die Lücken in der veröffentlichten Fassung von «Neues Deutschland» geradezu ins Auge springen.

(Ebenfalls erst Ende letzten Monats ist der rumänische Planbericht erschienen, der auf die starke industrielle Zuwachsrate — die grösste im Ostblock — verweist, aber bezüglich der im Berichtsjahr völlig kollektivierten Landwirtschaft nicht über die Misserfolge hinwegtäuscht.)

Die ostdeutsche Darstellung lässt keinen schlüssigen Ueberblick zu. So werden zum Beispiel bei einem Teil der Industrieprodukte nur der Zuwachs gegenüber 1961, bei einem andern nur die Planerfüllung, dann wieder auch gewisse Produktionszahlen angegeben, was natürlich jeden Vergleich, oder irgendwelchen Ueberblick ausschliesst. Das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft, wo bezüglich der Erfüllung oder Nichterfüllung das Planes überhaupt keine Zahlen veröffentlicht werden. Beim Aussenhandel gibt der Be-

Um ihre Wirtschaft rentabler zu gestalten hat auch die SBZ nach sowjetischem Beispiel dieses Frühjahr ihre Industrie reorganisiert. Die Lokalindustrie wird nach Zweigen zusammengefasst und einer fachlichen Leitung unterstellt, die neben den politischen Behörden existiert. Das Parteikader ist ebenfalls nach dem sogenannten Produktionsprinzip neu gegliedert worden, wobei auch hier die sowjetischen Richtlinien vom letzten Herbst massgebend sind. Unter anderem verspricht man sich davon ein sinnvolleres Einsetzen der Belegschaft und eine bessere Arbeitsproduktivität (die zurzeit nicht nur unter der Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik liegt, sondern sich auch langsamer entwickelt).

richt nur das Gesamtvolumen an, dagegen über eine Länderverteilung oder Struktur ist keine Rede.

Die für das Jahr 1962 angegebene Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um 6,1 Prozent gegenüber 1961 bestätigt, dass auch im vergangenen Jahr die im Siebenjahresplan vorgeschriebene jährliche Steigerungsquote von 9 bis 10 Prozent bei weitem nicht erreicht werden konnte.

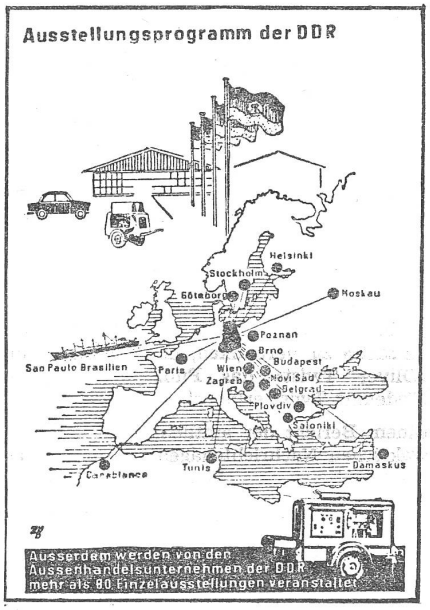
Die für 1962 bei der Herstellung von Produktionsmitteln ausgewiesene Erhöhung um 6,9 Prozent entspricht ebenfalls nicht den Planaufgaben des ursprünglichen Siebenjahrplanes. Sie hätte danach bei etwa 13,5 Prozent liegen müssen. Aehnlich ist die Situation im Bereich der Produktion von Konsumationsmitteln, die nach dem Erfüllungsbericht um 3,3 Prozent gegenüber 1961 gestiegen ist, aber um rund 8 Prozent unter der im Siebenjahrplan vorgeschriebenen Jahreszuwachsrate bleibt.

Als «wichtigstes Ergebnis» in der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes hebt die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik eine 8,4prozentige Steigerung der Arbeitsproduktivität hervor. Nach dem Siebenjahrplan war eine jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität um 9 bis 9,5 Prozent vorgeschrieben.

Aufschlussreich für die Versorgungssituation in der Sowjetzone sind die im Erfüllungsbericht 1962 ausgewiesenen Zahlen über den Warenfonds für die Bevölkerung. Bei 49 Milliarden Mark, die der Warenfonds 1962 laut Volkswirtschaftsplan umfassen sollte, werden 47,3 Milliarden Mark als tatsächlicher Umsatz bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie Industriewaren angegeben. Es fehlen danach 1,7 Milliarden Mark an der Erfüllung des Planteiles «Warenfonds für die Bevölkerung». Nach dem Siebenjahrplan hätte schon 1961 ein Warenfonds von 51 Milliarden Mark erreicht sein müssen.

Charakteristisch für den Aussagewert des Erfüllungsberichts der Zentralverwaltung für Statistik der Sowjetzone für das Jahr 1962 sind die Angaben für den Warenumsatz im Aussenhandel. Er wird mit 19,9 Milliarden Valuta-Mark angegeben, was angeblich «eine Erhöhung um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr» sein soll. Im Volkswirtschaftsplan 1962 war vorgeschrieben, den Umsatz des Aussenhandels auf 19,4 Milliarden Mark, «das sind 6,1 Prozent mehr als 1961», zu erhöhen.

Es ist ferner bezeichnend, dass der Handel «noch unzureichende Kenntnisse» über dem Bedarf der Bevölkerung besitzt. Dabei wurde der Handel in der Zone schon bereits vor 18 Jahren verstaatlicht, so dass man mit Recht die Frage stellen kann, wieviel Zeit der verstaatlichte kommunistische Handel benötigt, um den Bedarf der Bevölkerung kennenzulernen. Dies ist ein weiterer typischer Beweis des Versagens der Theorie, die die totale Verstaatlichung des Handels damit begründet, dass auf diese Weise die Bedürfnisse der Bevölkerung besser gedeckt werden können.



Information

SBZ

Protokoll gekürzt

Die Tagespresse der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands — sowohl die Zeitungen der SED (= KP) als auch die der von der SED gelenkten anderen Scheinparteien — haben die Angriffe des rotchinesischen Chefdelegierten, Wu Hsiu-tschuan, beim VI. Parteitag der SED (Januar 1963) gegen die Delegation der jugoslawischen kommunistischen Partei geflissentlich verschwiegen. Derselben Praxis bediente sich nun das für die Abfassung des offiziellen Parteitagsprotokolls verantwortliche Redaktionskollegium der SED. Das Verhandlungsprotokoll wurde jüngst vom SED-eigenen Dietz-Verlag in Ostberlin in zwei Bänden herausgegeben. Der inkriminierende Abschnitt aus der Begrüssungsrede des chinesischen Delegierten ist auf Grund einer Anweisung «von oben» nicht in das Protokoll aufgenommen worden. Das Protokoll vermerkt lediglich: «(An dieser Stelle führte der Referent Angriffe auf die am Parteitag teilnehmende Delegation des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens aus.)»

Daran schliesst sich eine Bemerkung des Tagungspräsidenten Paul Verner an, die ebenfalls in der Presse nicht publiziert worden war: «Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist hier auf dem Parteitag mit einer Delegation als Gast vertreten genauso wie die KP Chinas. Das jugoslawische Volk baut den Sozialismus auf und kämpft für den Frieden. Deshalb ist der Parteitag der SED nicht der Platz für unqualifizierte Angriffe gegen ein Volk und eine Partei, die für den Sozialismus und für den Frieden kämpft.»

Die schulmeisterliche Anmerkung des chinesischen Chefdelegierten auf dem VI. Parteitag der SED, es könne «nicht als eine ernsthafte marxistisch-leninistische Haltung angesehen werden, die Streitigkeiten zwischen Bruderländern und Bruderparteien vor dem Feind blosszulegen», ist aus dem parteioffiziellen Tagungsprotokoll ebenfalls ausgespart. Dafür ist eine bisher überhaupt nicht bekannte Schlussbemerkung Paul Verners vom 18. Januar im Protokoll veröffentlicht, in der Verner im Sinne Chruschtschews eine glühende Solidaritätserklärung für Tito beziehungsweise für die jugoslawische kommunistische Partei abgegeben hat.

Die angeordneten Streichungen im Parteitagsprotokoll entsprechen der üblichen kommunistischen Informationspolitik, wonach jeweils nur das veröffentlicht wird, was der gegenwärtigen Haltung und Einstellung des Regimes nützt oder zumindest nicht schadet. Sollte sich eines Tages etwas ändern oder sollte eine ältere Erklärung mit den jeweils neuen Erklärungen nicht übereinstimmen, so werden die «historischen Dokumente» kurzerhand eingestampft.

Kontrolle

Rumänien

So weit wie Burundi

Das afrikanische Königreich Burundi und die Volksdemokratie Rumänien haben gleichzeitig gleichartige Massnahmen erlassen: Rationierung und Kontrollierung der Schreibmaschinen.

In Burundi muss jetzt bei jedem Kauf einer Schreibmaschine der Polizei Schriftproben unterbreitet werden. Damit hofft der Staat, illegalen Vervielfältigungen auf die Spur zu kommen.

In Rumänien wird der Kauf einer Schreibmaschine ebenfalls der Bewilligungspflicht unterstellt, in erster Linie wohl auch aus Sicherheitsgründen, in zweiter Linie wahrscheinlich auch deshalb, weil das Land für dieses Produkt auf Import angewiesen ist und seine Devisen im forcierten Industrieausbau anders einsetzen will.

Die offizielle «Sammlung von Regierungsverordnungen» von Ende Januar enthält unter anderem auch eine Verordnung, nach der ein Bürger eine Schreibmaschine nur mit einer von der örtlichen Miliz ausgestellten Genehmigung besitzen darf.

Diejenigen Rumänen, die bereits im Besitze einer Schreibmaschine sind, müssen innerhalb von 90 Tagen nach Veröffentlichung dieser Verordnung um die entsprechende Genehmigung nachsuchen. Die Polizei hat dann 120 Tage lange Zeit, darüber nachzudenken, ob die Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern ist. Falls die Genehmigung verweigert wird, muss der Schreibmaschinenbesitzer seine Maschine innerhalb von 30 Tagen verkaufen. Dies ist nicht leicht, denn er muss sie ja

an jemanden veräussern, der bereits im Besitze einer Genehmigung ist oder aber sie bei einem der staatlich kontrollierten Gebrauchtwarengeschäfte in Kommission geben.

Die Behörden scheinen entschlossen, die Zahl der sich in Gebrauch befindlichen Schreibmaschinen auf ein Minimum zu beschränken.

In der Verordnung wird darauf hingewiesen, dass nur diejenigen mit einer Genehmigung rechnen können, die auf Grund ihres Berufes oder ihrer Stellung in einer «sozialistischen» Organisation tatsächlich eine Schreibmaschine benötigen. Es wird jedoch hinzugefügt, dass die Miliz von Fall zu Fall auch anderen Personen eine Genehmigung erteilen kann. Auf jeden Fall, so heisst es weiter, darf aber eine Person nur eine Schreibmaschine besitzen.

Sollte noch ein Zweifel über den ersten Grund dieser Massnahme bestanden haben, so wird er aus einem weiteren Abschnitt der Verordnung nur allzu deutlich. Alle sechs Monate müssen nämlich Schriftproben vorgelegt werden. Wenn eine Veränderung der Typen oder eine Reparatur ausgeführt wird, so muss dies innerhalb von fünf Tagen gemeldet werden. Auch eine Adressenänderung muss mitgeteilt werden.

Das einzige andere kommunistische Land, von dem bekannt ist, dass es eine Registrierpflicht für Schreibmaschinen hat, ist die UdSSR. Auch dort müssen die Maschinen bei der Polizei gemeldet werden.

Als eine Massnahme, um zu verhüten, dass oppositionelle Stimmen laut werden, befindet sich die rumänische Regierungsverordnung in bester totalitärer Gesellschaft. Hitler hatte die gleiche Massnahme über das von ihm während des Krieges besetze Europa verhängt.

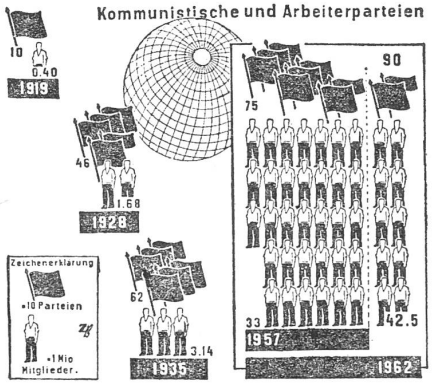
Partei

International

Wieviele Kommunisten?

«Eines der Merkmale für die grossen sozialen Veränderungen, die in der Welt vor sich gehen», so führt das sowjetzonale «Bauern-Echo» zu diesem Bild aus, «ist die Zunahme der zahlenmässigen Stärke und Organisiertheit der kommunistischen und Arbeiterparteien.»

Der Behauptung ist — bis auf den Ausdruck «Arbeiterpartei», mit dem ausschliesslich kommunistische Vereinigungen gemeint sind — nicht zu widersprechen. Zahlenmässig ist die KP immer noch im Vormarsch — und in raschem Vormarsch.



Gab es 1919 etwa 400 000 KP-Mitglieder, so zählt man heute über 42 Millionen Kommunisten, die in 90 nationalen Parteien eingeschrieben sind. Allein in den letzten fünf Jahren sind zehn Millionen Mitglieder aufgenommen werden.

Am stärksten sind die Parteien natürlich dort, wo sie das Monopol besitzen, also in den kommunistischen Staaten. China zählt 17 Millionen KP-Mitglieder, die Sowjetunion 9,7 Millionen. Ausserhalb des zweigespaltenen kommunistischen Blocks weist Indonesien mit zwei Millionen Mitgliedern die stärkste Partei auf. Italien zählt 1,3 Millionen eingeschriebene Mitglieder, Frankreich 250 000, Nordamerika 10 000 und Grossbritannien 30 000. In Afrika befinden sich die stärksten Parteiorganisationen in Marokko, Tunis, Sudan, Madagaskar und Südafrika. Die Sowjetunion unterstützt ausserdem die «linksradikalen» nationalen Parteien. In Südamerika verzeichnet Argentinien 50 000, Brasilien zwischen 25 000 und 40 000 und Mexiko rund 6000 Mitglieder. Doch vermehren die illegalen oder getarnten KP-Angehörigen im lateinamerikanischen Kontinent diese Zahlen beträchtlich.

«Kultur»

CSSR

Oliver twistet

Dickens ist in der Tschechoslowakei zu einem Grosserfolg geworden. Das ist der Tatsache zu verdanken, dass sein Roman «Oliver Twist» das Publikum an den Modetanz Twist erinnert.

Einem Bericht der amtlichen tschechoslowakischen Nachrichtenagentur Ceteka zufolge, ist in der CSSR zurzeit «Oliver Twist» von Karel Mares, Worte von Rostilav Cerny, der populärste Schlager.

Aber «Oliver Twist» führte nicht nur dazu, dass die Tanzsäle überfüllt sind, in Prag wurden auch alle 36 Exemplare des Romans von Dickens ausgeliehen, und die Stadtbibliothek führt eine lange Warteliste der Twist-Fans.

Der Twist erfreut sich in der CSSR grosser Beliebtheit und laut Ceteka ist er der «König der Tänze», der den Charleston, den Favoriten des vergangenen Jahres, schnell überflügelt hat.

Bulgarien

Weniger erfolgreich

In Bulgarien ist zwar die Jugend vom Twist begeistert, nicht aber die Behörden. «Studentska Tribuna», eine Zeitung für die Jugend, führte eine Umfrage über die Beliebtheit des Twists durch. Folgende Antworten wurden veröffentlicht:

Emil Georgieff, Komponist: «Mit dem Twist ist es ähnlich wie mit dem Rock'n roll, er ist eine Mode, die schnell wieder verschwindet. Die klassischen Tänze, lange Zeit bewährt, werden sich halten. Ich schreibe keine Twist-Melodien, da ich sie nicht mag.»

Atanas Ilkoff, Produzent (Marionettentheater): «Es gibt pornographische Literatur und es gibt auch pornographische Tänze. Ich kann nicht sagen, ob der Twist ein pornographischer Tanz ist, da ich ihn noch niemals richtig getanzt gesehen habe. Aber ich finde ihn interessant.»

Dialektik der Woche

Die gesamte kommunistische Welt versichert die Streikenden in Frankreich ihrer Sympathie und ruft über Prag zum allgemeinen politischen Streik in Spanien auf. In den kommunistischen Staaten aber ist der Streik ein Delikt, auf das der Tod steht.

Der Streik wird von der kommunistischen Theorie nur im «kapitalistischen System» gutgeheissen. Dann ist er Ausgangspunkt des Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung (Lenin), eine wichtige Form des Klassenkampfes (Stalin), der politische Streik in revolutionärer Lage ein direkter Auftakt zur Revolution (Grosse Sowjetenzyklopädie).

Nach Errichtung der «Diktatur des Proletariats» aber verliert der Streik in der kommunistischen Theorie seine Existenzberechtigung, da es im Widersinn sei, wenn das Volk gegen die Volksmacht streike. Sogar das im «liberalen» Jahr 1959 herausgegebene polnische juristische Wörterbuch bezeichnet jede Lockerung der Arbeitsdisziplin als strafwürdiges Delikt. Dort also, wo der Arbeiter nur einem einzigen Arbeitgeber gegenübersteht, dem Staat (der zugleich über die Gesetzgebung, Polizei, Gerichte und Streitkräfte verfügt), gerade dort darf er das einzige Mittel der Selbstbehauptung, den Streik, nicht anwenden.

Mit welchen Mitteln einer Arbeitsniederlegung vorgebeugt wird, zeigen die gültigen Strafgesetzbücher der verschiedenen kommunistischen Staaten.

Sowjetunion (Art. 69 des StGB der RSFSR von 1960): Behinderung der normalen Tätigkeit von Industrie, Landwirtschaft, Finanzwesen oder Staatsorganen wird mit Vermögensbeschlagnahmung und Freiheitsentzug von 8 bis 15 Jahren bestraft. Entsteht an Einrichtungen usw. Schaden, kann die Todesstrafe zur Anwendung kommen (wann würde bei einem Streik kein Schaden entstehen?).

Ungarn (StGB vom Juni 1962): Wenn der Streik (wie in der UdSSR als «Schädlingstätigkeit» definiert) «besonders schwere Nachteile» zur Folge hat, kann auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso wenn «wichtige Objekte der Volkswirtschaft» beschädigt werden.

CSSR (StGB vom 29. 11. 1961): Hier wird jede Störung von Staats- und Wirtschaftsleben mit zwei bis zehn Jahren Gefängnis bestraft. Streik wird als Sabotage definiert und mit dem Tode (Minimalstrafe acht Jahre Freiheitsentzug) bestraft.

Polen: Das neue StGB ist in Ausarbeitung. In Kraft ist nebst andern Gesetzen das Dekret vom 13. 6. 1946 über «besonders gefährliche Delikte». Dabei wird auch der Streik als «Sabotage» aufgezählt. «Wer durch Behinderung oder Erschwerung der normalen Tätigkeit» von Betrieben oder Aemtern einen Sabotageakt begeht, wird auch im «liberalen» Polen unter den gesetzlichen Formen zum Tode verurteilt.

In der Sowjetunion sind anscheinend auch die Teilnehmer und Organisatoren des kasachischen Streiks von 1959 durchwegs hingerichtet worden.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 27. März 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Die neueste Säuberung in Kasachstan, der Regierungsmitglieder und 16 000 Funktionäre zum Opfer fielen, ist geeignet, den Unterschied der Stalinschen und der Chruschtschewschen Zeit darzulegen. Nicht in der Sache (Säuberung), die geblieben ist, sondern im Vorgehen. Stalin formulierte seine politische Willkür ungehemmt und verlieh ihr durch Deportationen und Hinrichtungen grausamen Nachdruck. Chruschtschew begnügt sich — für die Betroffenen ein immerhin lebenswichtiger Unterschied — mit Entlassungen, Versetzungen und Freiheitsstrafen und begründet seine Massnahmen anders. Gemeine Delikte (wie Diebstahl), gesellschaftsschädliches Verhalten (Trunkenheit) oder auch ganz einfach fachliche Unfähigkeit werden den Tausenden von Funktionären vorgeworfen, deren sich die Partei entledigen will. Zwar sind in einigen Fällen spektakuläre Strafen noch durchaus möglich (innerhalb der letzten zehn Monate wurden in der Sowjetunion über hundert Personen wegen Wirtschaftsdelikten hingerichtet), aber sie werden nicht das Aussehen politischer Massenrepressalien haben.

Dabei spielt gerade in Kasachstan das politische Moment nach wie vor eine eminent wichtige Rolle, und zwar in mehr als einer Hinsicht. Kasachstan ist nicht nur an der chinesischen Grenze, sondern ist auch von einer Bevölkerung (den Kasachen) bewohnt, die auch jenseits der Grenze ansässig ist. Zur verschärften Rivalität zwischen Peking und Moskau sind nun noch territoriale Zwistigkeiten hinzugekommen (siehe KB, Nr. 11), die auch in dieser Republik jederzeit akut werden können. Ferner stellt sich in Kasachstan wie in den andern asiatischen Republiken das nationale Problem, dem das Regime schon lange mit einer systematischen Ansiedlungspolitik namentlich aus den russischen Gebieten zu begegnen sucht. Auch wenn heute an eine Forderung im Stil von «Kasachstan den Kasachen» von keiner Seite mehr gedacht wird, ist doch die restlose Sowjetisierung der ganzen Einwohnerschaft (zum Beispiel in kultureller Hinsicht) bei weitem noch nicht durchgeführt.

Daneben ist Kasachstan seit Chruschtschews Zeiten ein wirtschaftspolitisch hochwichtiger Begriff. Der Name ist in der sowjetischen Planung Synonym geworden für Neulandorganisation (jedes Jahr werden dort Tausende von Hektaren Boden erstmals angepflanzt) und in der Propaganda Synonym geworden für die Pionierleistung des kommunistischen Menschen. Hier konnte Chruschtschew seine Staatsgüter und Produktionszentren aufbauen ohne Rücksicht auf die Umwandlung bestehender Formen, hier wird der kommunistische Aufbaugedanke einem rigorosen Nützlichkeitstest unterworfen, bei dem die vielen Ausreden der nachwirkenden Vergangenheit nicht mehr gelten. Hier könnte sich die kommunistische Ordnung sozusagen in reiner Erstform bewähren.

Aber sie tut es nicht. Trotz der gewaltigen Anstrengungen von Moskau aus, trotz grösster Zuwendungen und Anlagen ist Kasachstan Jahr für Jahr hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Eroberungen der Steppenlandschaft durch den kommunistischen Pioniergeist ist rentabilitätsmässig viel weniger geglückt als etwa die unter schwierigeren Umständen zustandegekommene Eroberung der Wüste durch die Israeli.

Ablösungen in der kasachischen Partei- und Verwaltungshierarchie gehören seit einigen Jahren zu den normalen Frühlings- und Herbstereignissen. Jetzt hat sich Chruschtschew offenbar entschlossen, den ganzen Verwaltungsapparat auf allen Stufen gründlich zu überholen.

Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Säuberung sind wohl nicht säuberlich zu trennen. Auch das ist ein Merkmal der Aera Chruschtschew, die sich für ihre Massnahmen vorwiegend wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und administrativer Organe bedient. Die Diktatur der Partei passt sich der verbesserten Möglichkeit an, nicht nur die Polizei zu beherrschen, sondern sämtliche Zweige menschlicher Betätigung.

Diesem Typus, dem Spekulanten, gilt unter anderem die Säuberung in Kasachstan, wie den sowjetischen Berichten zu entnehmen ist. (Zeichnung «Krokodil».)

Der Schnappschuss

«Sowjetische Raketen sind besser als die amerikanischen», sagte ein mexikanischer Kommunist in Havanna. «Sie fliegen nicht nur vorwärts, sondern auch heimzu.»

*

Ferdinand machte sich in der CSSR der Behinderung des öffentlichen Verkehrs schuldig und wurde erschossen. In diesem Falle allerdings ist die Sache harmlos: Ferdinand ist der Name eines Stiers, der sich bei der ostböhmischen Stadt Ustinad Orlice auf die Eisenbahnschiene legte und nicht einmal durch den Güterzug zu vertreiben war, der einen Meter vor ihm anhielt. Man musste ihn abtun, um das Geleise frei zu bekommen.

Noch ein karikaturistischer Beitrag zum «Tag der Frau» vom 8. März (vergleiche KB, Nr. 10): «Unsere Frauen sollen hochleben!», lautet der kurze Text der Moskauer satirischen Zeitschrift «Krokodil» zu diesem Stimmungsbild.

Ich liebe einen Kommunisten

Ich sehe dich an
und mir wird warm
von den vielen Herzschlägen
in deinen Augen.
Denn du sammelst sie alle
die Menschen
in deinen Augen,
weil du leben möchtest
für sie.
Du blickst mich an
und mir wird heiss,
denn jetzt bin nur ich
in deinen Augen.
Aber ich weiss, dass dahinter
die vielen anderen Menschen sind.
Und das
stört mich gar nicht.
Denn ich liebe dich darum.

Eva Michel, «Junge Welt», Ostberlin.

*

Eine überzeugende Verteidigung gegen den vom Rat des Kreises Köthen (SBZ) erhobenen Vorwurf, den Staatsplan in Höhe von 190 000 Eiern nicht erfüllt zu haben, hatte der Vorsitzende der LPG Osternienburg zur Hand. Er konnte glaubhaft nachweisen, dass es in seiner LPG nicht eine einzige Henne gibt, weil sie sich mit Zustimmung des Rates des Kreises auf Entenmast spezialisiert hatte.

*

In der Sowjetunion ist das traditionelle Vorrecht der Polizei, jeden Bürger zu duzen, in Gefahr. Ein kollektiver Brief von Hörern der Hochschule des Ministeriums zum Schutz der öffentlichen Ordnung der RSFSR, der diese feudale Sitte zu rechtfertigen sucht, wurde von der «Iswestija» sehr abschlägig behandelt. Gleichzeitig verweist das Regierungsorgan auch auf weitere Pressestimmen, welche «diese Einstellung zum Publikum verurteilen». Immerhin interessant, dass eine solche Frage in der «fortschrittlichsten Gesellschaftsordnung» erst jetzt diskutiert wird. Nach 40 Jahren! (Im alten Russland wurde das «Du» von der Herrenschicht gegenüber den untern Klassen gebraucht. Geändert hat sich daran anscheinend wenig.)